

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 338/2017
Kiel, Mittwoch, 13. Dezember 2017

Energie / Energiewende

Oliver Kumbartzky: Mehr Offshore-Windenergie und Sektorenkopplung statt 'weiter so' bringen uns ans Ziel

In seiner Rede zu TOP 16 (Energie- und Klimaschutzziele in Schleswig-Holstein umsetzen) erklärt der energiepolitische Sprecher, **Oliver Kumbartzky**:

„Die SPD-Landtagsfraktion stellt heute einen Antrag, mit dem sich der Landtag zu einem bestehenden Gesetz bekennen soll. Das ist mal originell! Die eigentliche Frage aber lautet doch: Wie lassen sich die im Energiewende- und Klimaschutzgesetz niedergeschriebenen Soll-Ziele erreichen? Der SPD-Antrag liefert uns diesbezüglich leider überhaupt nichts. Und ein einfaches ‚Weiter so‘ bringt uns erst recht nicht weiter.

Ein zentraler Baustein zur Erreichung der Ziele ist die Sektorenkopplung. Hier verweise ich schon jetzt auf den nächsten Tagesordnungspunkt der heutigen Landtagssitzung und den Antrag der Koalition mit der Drucksachennummer 19/379. Es muss zukünftig darum gehen, die Energieerzeugung, die Speicherung und die Umwandlung technologieoffen zu gestalten. Und wir brauchen einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb der verschiedenen Energieerzeugungs- und Energieumwandlungstechnologien. Regulatorische Hemmnisse sind endlich konsequent abzubauen. Hier kann die SPD mal zeigen, wie ernst es ihr mit der Erreichung der Energiewende- und Klimaschutzziele ist. Die eben beschriebenen Hemmnisse müssen auf Bundesebene beseitigt werden. Wir setzen da auf Ihre Unterstützung und Ihren Einfluss.

Ein weiterer Punkt, bei dem wir auf die Unterstützung durch die SPD setzen, ist die Offshore-Windenergie. Eine kürzlich veröffentlichte Studie des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik zeigt eindrucksvoll, dass es einer wesentlichen Ausweitung des Offshore-Anteils bedarf. Um aus dem Fazit der Studie zu zitieren: „Ohne einen signifikanten Beitrag

Sina Schmalfuß, stellv. Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1490, Telefax: 0431 / 988 1497, E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

aus der Offshore-Windenergie lässt sich die Energiewende nicht umsetzen.“ Und genau so ist es. Durch die Offshore-Windenergie sinken Kosten und gleichzeitig steigen die Qualität der zuverlässigen Energieversorgung und die Akzeptanz. Denn klar ist doch auch: Die Energiewende und der Klimaschutz können nicht ohne die Bürger gelingen.

Es ist gut und richtig, dass wir uns in unserem Koalitionsvertrag darauf verständigt haben, dass Offshore-Windparks bereits heute in den Netzausbau einbezogen werden müssen. Wir werden uns für einen verlässlichen Ausbaupfad auf See einsetzen und einen marktkonformen Wettbewerb zwischen den Anbietern ermöglichen. Hierzu gehört die Erhöhung des Kapazitätsdeckels im „Windenergie-auf-See-Gesetz“ von 15 Gigawatt auf mindestens 25 Gigawatt im Jahr 2030. Und auch hier fordern wir wieder die Unterstützung der SPD ein. Der maßgeblich vom damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel eingeführte Windenergiedeckel auf See muss weg.

Zur Onshore-Windenergie: es war so sicher wie das Amen in der Kirche, dass die SPD auch die heutige Debatte dazu nutzt, der Koalition vorzuwerfen, sie verschleppe die Regionalplanung und bremse damit die Windenergie an Land aus.

Ich sagte es bereits in der Landtagssitzung am 12. Oktober: Die rund 6.500 Stellungnahmen werden jetzt ausgewertet und die Pläne werden dann, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, überarbeitet. Dabei werden auch neue Regelungen für das Repowering und die Abstände geprüft. Ebenso muss geprüft werden, wie genau und mit welchen Auswirkungen das Interimsverfahren eingeführt wird.

Im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, nehmen wir die Bürger mit und wir nehmen sie ernst. Im Übrigen brechen wir das laufende Verfahren nicht ab, sondern wir führen es modifiziert fort. Und bis zum Abschluss der Regionalplanung gilt wie gehabt ein Moratorium. Ausnahmen werden begrenzt und nur für Flächen erteilt, für die eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wurde und die erwartbar die Kriterien der Landesplanung erfüllen.

Und genau das ist der Punkt: Die SPD behauptet, dass drei Milliarden Euro Investitionssumme 'auf Halde liegen', weil 680 geplante Anlagen nicht gebaut werden könnten. Sie blendet dabei aber vollkommen aus, dass weniger als die Hälfte dieser Anlagen innerhalb der im ersten Entwurf vorgeschlagenen Vorranggebietskulisse liegen. Ein großer Teil der anderen Anträge liegt also an Standorten, die auch schon vor einigen Jahren zur Ablehnung geführt hätten. Eine weitere Anforderung ist die Lage in Windeignungsgebieten aus der letzten Teilfortschreibung 2012. Dies erfüllen von den verbliebenen ca. 290 nur noch knapp 100 Anträge, die überhaupt in Frage kommen. Darüber hinaus sind davon einige Anträge zurückgestellt, bis die Prüfaufträge aus dem Koalitionsvertrag abgearbeitet sind. Es verbleiben am Ende also etwa noch 45 Anträge im Verfahren der Ausnahmeprüfung.

Übrigens gab es in diesem Jahr bislang nur rund 30 neue Anträge. Das hat nichts mit den Ausnahmeprüfungen und Genehmigungsverfahren des Landes zu tun, sondern vor allem mit dem neuen EEG. Die SPD sollte sich also zuerst richtig informieren, bevor sie Vorwürfe erhebt.“